

# Bildung für alle!



## Chancengleichheit durch Bildung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert Chancengleichheit durch Bildung und das heißt für uns, Bildung unabhängig von sozialer Herkunft und vom Einkommen der Eltern.

Wir brauchen eine bessere Ausstattung der KITAS, mehr und qualifizierte Angebote der frühkindlichen Bildung, einen Rechtsanspruch auf Betreuung und frühkindliche Förderung auch für Kinder bis zu drei Jahren. Wir fordern deshalb einen kostenfreien Krippenplatz für Kinder unter drei Jahren, die sich daran anschließende Zeit muss mittelfristig ebenfalls kostenfrei sein.

Die Trennung der Schülerinnen und Schüler nach Schulformen grenzt aus. Wir fordern die Überwindung der Auslese und deshalb ein integratives Schulsystem.

Der Anteil der Studierenden aus Arbeitnehmerhaushalten ist rapide gesunken und wird sich jetzt nach Einführung der Studiengebühren in Niedersachsen noch weiter nach unten verschieben. Auch aus diesem Grund lehnen wir Studiengebühren ab.

Das bisherige Bildungssystem manifestiert soziale Unterschiede der Lernenden von vornherein und schließt Teile der Bevölkerung von höherer Qualifizierung aus, dem muss dringend gegen-gesteuert werden.

## Frühkindliche Bildung

### **Bildungsauftrag der Kindertagesstätten**

Die ersten Lebensjahre prägen das Lernverhalten eines Menschen wesentlich.

Deshalb haben die Kindertagesstätten einen Bildungsauftrag. Sie sollen aber nicht verschult werden, die dominierende Aneignungsweise bleibt das Spiel.

Der DGB fordert, die Umsetzung des Bildungsauftrages in Kindertagesstätten und -krippen, den Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Krippenplatz für Kinder unter drei Jahren und mittelfristig Kostenfreiheit für die sich daran anschließende Zeit.

### **Fachkräfte**

Kindertagesstätten können den Anforderungen nur gerecht werden, wenn es qualifizierte und engagierte Fachkräfte sowie bessere institutionelle und materielle Rahmenbedingungen gibt.

Dazu gehört die Weiterqualifizierung ebenso wie eine qualifizierte Ausbildung und eine angemessene Bezahlung.

### **Das richtige Umfeld**

Das Betreuungsumfeld muss stimmen. Wir brauchen Standards für dem Förderungsbedarf angemessene Gruppengrößen, die personelle Ausstattung, die räumliche und sachliche Ausstattung, die Finanzierung.



## Eine gemeinsame Schule für alle

### **Einbindung statt Auslese oder gemeinsam lernen**

Angeblich trennen die deutschen Schulformen Schülerinnen und Schüler nach Begabung und Leistung. In Wirklichkeit grenzt das traditionelle Schulsystem aus und verstärkt damit Resignation und Gewaltbereitschaft in Teilen der Gesellschaft.

An Hauptschulen werden Kinder und Jugendliche aus bildungsarmen Elternhäusern konzentriert, während über 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien aus der oberen Hälfte der Sozialschicht kommen.

Der DGB fordert die Überwindung der sozialen Auslese. Kinder und Jugendliche sollen – wie in anderen Ländern – bis zum Ende der Pflichtschulzeit miteinander und voneinander lernen und dabei individuell gefördert werden.

### **Gesamtschulen statt Auslese**

Eine Ausweitung des Angebotes an Gesamtschulen ist in allen Regionen Niedersachsens zu ermöglichen. Gesamtschulen sind im Schulgesetz als Regelschulen gleichwertig zu anderen Schulformen zu behandeln.

### **Individuell zum Abitur**

Allen Schülerinnen und Schülern sollte es ermöglicht werden, im eigenen Lerntempo zum Abitur zu kommen. Die höhere Belastung, die durch eine Verkürzung der Schulzeit entsteht, wirkt sich gerade auf die Jugendlichen, deren sonstige Lebensbedingungen schwierig sind, negativ aus.

Der DGB hält die generelle Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur weiterhin für einen falschen Weg.

---

## Berufsausbildung der Zukunft

### Recht auf Ausbildung

Alle Jugendlichen haben einen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz. Die Finanzierung der dualen Berufsausbildung wird derzeit im Wesentlichen von den ausbildenden Betrieben und aus öffentlichen Mitteln geleistet. Die Einführung einer Ausbildungsumlage schafft mehr Gerechtigkeit, entlastet die ausbildenden Betriebe und führt im Ergebnis zu mehr Ausbildungsplätzen.

### Zusammenarbeit der Akteure vor Ort

Allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen, außerbetriebliche Werkstätten und die Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung einer Region müssen inhaltlich und personell im Interesse einer Vorbereitung auf den Beruf vernetzt werden, damit die Jugendlichen praxisnah auf die Berufsausbildung vorbereitet werden.

### Qualifizierte Berufsbildende Schulen

Die Berufsbildenden Schulen müssen für die verschärften Anforderungen an die Arbeitswelt fit gemacht werden. Ihnen fällt in Zukunft neben der Vermittlung einer breiten beruflichen Grundbildung zunehmend auch die Ergänzung des bestehenden dualen Berufsbildungssystems durch vollzeitschulische Berufsausbildung zu.

Die erforderliche Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen erfordert neben einer starken Eigenverantwortung klare Mitbestimmung und Verantwortung durch die Beschäftigten und starke Personalräte.

## Hochschulen müssen den Bildungsauftrag wahrnehmen

### Bildungsstätte und Arbeitgeber

Trotz aller Veränderungen müssen die Hochschulen auch in Zukunft ihren Bildungsauftrag in gesellschaftlicher Verantwortung wahrnehmen und für eine wissenschaftliche Qualifizierung sorgen, die umfassende Beschäftigungsperspektiven für ihre Absolventinnen und Absolventen eröffnet.

Die Beschäftigten der Hochschulen müssen aus Sicht des DGB unter gesicherten und weitgehend unbefristeten Arbeitsverhältnissen arbeiten.



### Studiengebühren – sogenannte Verwaltungskostenbeiträge

Die auch nur teilweise Abwälzung der finanziellen Ausstattung auf Studierende mittels Studiengebühren oder sonstiger finanzieller Beiträge lehnt der DGB ab.

Diese Instrumentarien behindern die Bildungsbeteiligung vor allem bildungsferner Schichten.

### Öffentliche Einrichtungen

Die Hochschulen müssen staatliche Angelegenheit bleiben.

Entscheidungen von grundlegender Bedeutung müssen auf der politischen Ebene getroffen werden.

## Erwachsenenbildung ein wichtiger Standortfaktor

### Förderung und ordnungspolitische Gestaltung

Erwachsenenbildung benötigt weiterhin die Förderung des Landes, damit die Erfahrungen der Erwachsenen stärker genutzt und systematisiert werden können und die soziale Ausgrenzung von Bildungsbenachteiligten in unserer Gesellschaft verhindert wird. Notwendig ist die verlässliche Bereitstellung von finanziellen Ressourcen, die den anerkannten Weiterbildungsträgern eine Planung ermöglicht. Mit Projekten allein wird man den Anforderungen der Zukunft nicht gerecht werden!

### Bildungsurlaub

Der Bildungsurlaub hat vielen Menschen die Möglichkeit zur Weiterbildung eröffnet. Das Recht des Bildungsurlaubs darf deshalb nicht in Frage gestellt werden. Mit neuen Formen der Inanspruchnahme von Bildungsurlaub muss der Bildungsurlaub neue Zielgruppen erreichen und seinen Teil zur Bildungs-offensive leisten können.

### Politische Bildung

Politische Bildung muss weiterhin gefördert werden, um die Fähigkeit und Bereitschaft der Menschen zu stärken, sich in gesellschaftspolitischen Feldern für die Demokratie zu engagieren.

### Zweiter Bildungsweg

Der Zweite Bildungsweg ist ein Kernbereich für Durchlässigkeit und mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung. Die Förderung insbesondere der Kurse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses und zum Erlangen der Hochschulreife ist sozial- und bildungspolitisch geboten.

## Weitere Informationen:

### Internet

[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

[www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de](http://www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de)

[www.arbeitundleben-nds.de](http://www.arbeitundleben-nds.de)

[www.kooperation-hochschule-gewerkschaft.de](http://www.kooperation-hochschule-gewerkschaft.de)

Fotos: Richard Lauenstein

### Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner:

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Straße 7, 30159 Hannover

Helga Papendick-Apel

Abteilung Bildung, berufliche Bildung, Hochschule

Telefon: 0511 12601-38

E-Mail: [helga.papendick@dgb.de](mailto:helga.papendick@dgb.de)

Frank Ahrens

Abteilung Jugend

Telefon: 0511 12601-60

E-Mail: [frank.ahrens@dgb.de](mailto:frank.ahrens@dgb.de)

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN

Niedersachsen e.V.

Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover

Hans-Jürgen Hoffmann

Telefon: 0511 16491-30

E-Mail: [hans.hoffmann@arbeitundleben-nds.de](mailto:hans.hoffmann@arbeitundleben-nds.de)

**DGB**

